

Gleichheit des Essens.

Die deutschösterreichische Gegenrevolution hat ihre journalistische Führerin gewonnen. Das ist selbstverständlich die „Neue Freie Presse“. Gestern erklärte sie, daß die Republik kein Recht habe, den gewesenen Kaiser außer Lande zu senden, heute klagt sie darüber, daß die feinen Leute sich nicht mehr in den Gasthäusern werden iatessen können. Freilich ist die „Neue Freie Presse“, die eine jahrzehntelange Übung im Verdrehen von Tatsachen besitzt, nicht so unklug, von den Wohlhabenden und ihren Luxusgasthäusern zu sprechen. Sie führt vielmehr in ihrer sorgenden Liebe für den kleinen Mann Klage über „die vielen Hunderttausend von ledigen und sonstigen Personen“, die auf die Gasthauskost angewiesen sind. Selbstverständlich steht das Blatt auf dem Standpunkt, daß die Ausspeisung dieses Teiles der Wiener Bevölkerung nur in den Gasthäusern und mit Hilfe des Schleichhandels vor sich gehen dürfe und könne.

Wir sind überzeugt, daß diese Anschauung dem Leserkreis der „Neuen Freien Presse“ entspricht, nichtsdestoweniger aber sind wir gesühllos genug, sie zurückzuweisen. Wenn die Ernährungslage immer schwerer wird, wenn Fleisch, Fett und Mehl in Deutschösterreich immer schwerer aufgebracht werden können, dann ist es höchste Zeit, die Forderung zu erfüllen, die wir seit dem Jahre 1917 immer wieder erhoben haben: Umwandlung sämtlicher Gasthäuser in Gemeinschaftsküchen und Zuweisung gleicher Vorräte an diese Küchen durch eine gemeinsame staatliche Stelle. Kein Gasthaus darf stärker, keines schwächer beliebert werden, die gleiche Mühe für jeden Magen, und wenn sich die Verhältnisse endlich bessern, für jeden Magen die gleiche bessere Kost. Nur durch diese zwangsweise Einführung der Gemeinschaftsküche für alle ist die Gleichheit der Verteilung zu sichern, nur die Zwangsgemeinschaftsküche zwingt alle zum Hungern oder versorgt alle, ohne Rücksicht auf den Geldsack des einzelnen.

Nicht aus Rücksicht auf den Geldsack, sondern aus selbstverständlicher Rücksicht auf den verschiedenen Geschmack und die verschieden große Glust der vielen Hunderttausenden von Wienern könnte man sich mit dem Gedanken befreunden, bei den Gemeinschaftsküchen innerhalb nicht allzu großer, aber bestimmter Grenzen, Abstufungen im Preise einzuführen. Man könnte die billigste Mahlzeit um etwa K 1.50 bis 2 herstellen, die teuerste aber keineswegs teurer als bis zu einem Preis von K 8 bis 10. Das ergäbe noch immer einen Unterschied von K 20 bis 30 gegen die jetzigen Preise in den „gut bürgerlichen Restaurants“.

Es ist erfreulich festzustellen, daß die Gasthausfrage durch das Eingreifen der Volkswehr aufgerollt worden ist. Die Hausdurchsuchungen, die die Volkswehr vor-

nimmt, sind die einzige revolutionäre Tat, die seit dem November 1918 in Deutschösterreich geleistet wurde, und schon diese eine, in voller Ruhe sich vollziehende Tat, dürfte, wie man sieht, große Folgen haben. Es wird die Sozialisierung des Essens vorbereitet. Man glaube nicht, daß die breiten Massen dadurch in ihrer Lebenshaltung vielleicht beeinträchtigt werden. Schon flunkern die Blätter damit, daß ja auch viele kleine Wirtschaftshäuser in den Vorstädten sperren müßten. Sie verschweigen, daß dies keine Vorstadtwirtschaftshäuser sind, in denen die ärmere Bevölkerung verkehrt. In diesen Gasthäusern gibt es schon seit Jahren nur eine Kost, die auch heute aufzutreiben ist und schlechter ist, als die einer entsprechenden Gemeinschaftsküche.

Eine Darstellung der Gastwirte.

Das geht auch aus einer Darstellung hervor, die uns die Gastwirtegenossenschaft heute gibt. Man weiß dort noch nicht, wieviel Gasthäuser bereits gesperrt haben. Soweit bekannt, hat die Sperre noch keinen größeren Umfang angenommen, weil die Vorstadtgasthäuser eben offen bleiben. Zahlreiche Gastwirte beschwerten sich über die stark eingeschränkten Zuweisungen von Mehl und Fett. Ein mittlerer Vorstadtbetrieb erhält etwa 10 Kilogramm Mehl und 5 Kilogramm Fett für den Monat zugewiesen. Andere erhalten wohl mehr, aber es gibt auch kleine Vorstadtwirte, die seit längerer Zeit gar kein Mehl zugewiesen erhielten.

Keine allgemeine Sperre.

Die „allgemeine Sperre“ wird voraussichtlich nicht durchgeführt werden. Viele Wirte haben neue Konzeptionen, die sie nicht ruinieren lassen wollen. Man wird namentlich in den Vorstädten weiter das bieten, was man hat. Der ganz kleine Wirt, der unmöglich 60 Kronen für Schleichhandelsfleisch ausgeben kann, wird weiter Gemüse und Suppe, Gaserreis, höchstens Wurst, bieten, aber er kann den Getränkeauschank — Wein, Bier und Saccharintee —, von dem er lebt, niemals einstellen.

Ein kleiner Gastwirt der Brigittenau teilte unserem Berichterstatter mit:

Die „Beschlagnahmen“ der Volkswehr können uns, die wir nichts haben, nicht treffen. Weshalb sollen denn nur wenige Luxusbetriebe sich gut versorgen können? Die Volkswehr nimmt übrigens nichts weg, sie stellt nur die Vorräte fest. Wir draußen können wohl unmöglich ganz sperren. Tausende sind auf das Wenige noch angewiesen, das wir geben können.